

Klaus-Dietmar Henke

Geheime Dienste

**Die politische Inlandsspionage
des BND in der Ära Adenauer**

Teil 1

BAND 14.1

UNABHAENGIGE HISTORIKERKOMMISSION
ZUR ERFORSCHUNG DER GESCHICHTE
DES BUNDESNACHRICHTENDIENSTES 1945–1968

Ch.Links VERLAG

Klaus-Dietmar Henke
Geheime Dienste

Veröffentlichungen der Unabhängigen
Historikerkommission zur
Erforschung der Geschichte des
Bundesnachrichtendienstes
1945–1968

Herausgegeben von Jost Dülffer,
Klaus-Dietmar Henke, Wolfgang
Krieger und Rolf-Dieter Müller

BAND 14.1

Klaus-Dietmar Henke

Geheime Dienste

**Die politische Inlandsspionage
des BND in der Ära Adenauer**

Teil 1

Ch.Links VERLAG

Editorischer Hinweis:

Stellen, an denen einzelne Informationen durch den Bundesnachrichtendienst nicht freigegeben wurden, sind durch Schwärzungen kenntlich gemacht.

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über www.dnb.de abrufbar.

Ch. Links Verlag ist eine Marke der Aufbau Verlage GmbH & Co. KG

1. Auflage, Mai 2022

© Aufbau Verlage GmbH & Co. KG, Berlin 2022

christoph-links-verlag.de

Prinzenstraße 85, 10969 Berlin

Reihenentwurf: Stephanie Raubach, Berlin

Lektorat: Dr. Katja Klee, Weyarn/Nahring

Satz: Andrea Päch, Berlin

Druck und Bindung: cpi books GmbH, Leck

Gedruckt auf säurefreiem, chlorfrei gebleichtem Papier

ISBN 978-3-96289-157-2

Inhalt

TEIL 1

Vorbemerkung	11
Zwischenbemerkung	13
I. Auftakt zur Ära Adenauer 1953	15
1. Regierungsbildung, Manöverkritik bei FDP, SPD, DP	15
2. Ausbau der politischen Inlandsspionage	25
II. Unendliche Konfliktgeschichte: BND gegen Verfassungsschutz	31
1. Rivalität von Anfang an	31
2. Primatsbestrebungen, Abgrenzungskämpfe	49
3. Hoher Anspruch, niedriges Niveau	68
III. Schwierige Freunde und nützliche Gegner: Washington, Moskau, Bonn, Ost-Berlin, Pullach	87
1. CIC vs. Org: SS-Hauptsturmführer »Lohengrin«, SS-Unter- sturmführer »Lehmann«, Kriminalkommissar »Arthur«	87
2. Bonner Einblicke 1954/55	101
Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen,	
Volksbund für Frieden und Freiheit	109
Das Bundesministerium des Innern nach dem John-Skandal	127
»Anzapfereien« im Bundeskanzleramt	135
3. Pullach im Visier des CIC	143
4. Der KGB greift ein	160
Vorarbeit des Staatssicherheitsdienstes der DDR	160
Ein Drama mit Todesfolge	166
5. Eklat in Washington	203

IV.	Abbau des Machtgefälles zwischen Pullach und Bonn	215
1.	Ein dreifacher Spitzenagent: Günter Hofé – »Lena«	218
2.	Die Konstruktion einer staatsgefährdenden Bedrohung	227
	Das große Spiel beginnt	227
	Reinhard Gehlen als Sicherheitsgarant der Bundesrepublik Deutschland	245
	<i>Hoher Kredit in Bonn (245) – Die Verteidigung des Bundeskanzleramts (263)</i>	
3.	Apologetik und Scherbengericht	281
	Politisches und justizielles Aufklärungsbemühen	281
	Nachrichtendienstliche Klärung	295
V.	Die Ausspähung der FDP	309
1.	Auftakt zur zweiten Legislaturperiode	310
2.	Regierungskrise 1955/56	320
3.	Die Liberalen in der Opposition	343
VI.	Gehlens »Winterstein«-Unwesen: Presse, Parteipolitik und die restliche Welt	373
1.	Kurt Weiß alias »Winterstein«	375
2.	Anfänge	384
3.	Multimanager in der Org	394
4.	Multimanager im BND	404
	Ein exorbitantes Geschäftsfeld	407
	Die <i>Spiegel</i> -Affäre: Nur der Bote wird geköpft	431
5.	»Presse-Sonderverbindungen«	449
	Im rechten politischen Spektrum	457
	In der Mitte	492
	Links der Mitte	513

VII.	Die Ausforschung der SPD-Spitze	545
A.	ZEHN JAHRE AUSSPÄHUNG	545
1.	Die »krummen Wege« des Bundeskanzlers	545
2.	Verstärkte Ausspähung nach den »Adenauer-Wahlen« 1953	549
	Die Penetrierung des Parteivorstands:	
	Das Trio Gehlen-Ziegler-Ortloff	549
	Geheime Meldungen aus der SPD 1954/55	564
3.	Geheime Kanzler-Orientierungen:	
	Berichte aus dem SPD-Parteivorstand 1955–1957	608
	Zuträger und Wege der Unterrichtung	608
	1955/56: Der frischgebackene BND forciert die SPD-Spionage	626
	Im Wahljahr 1957	649
4.	Geheime Kanzler-Orientierungen:	
	Berichte aus dem SPD-Parteivorstand 1957–1962	701
	Die Opposition am Boden	705
	Sozialdemokratie im Wandel	730
	Willy Brandt, das Godesberger Programm und andere Gefahren	768

TEIL 2

B.	FÜNFZEHN JAHRE VERTUSCHUNG	843
5.	Rückbau und Vertuschung nach Adenauer	843
	Vertuschung nach innen: Die Neutralisierung des Spionagetandems Ortloff-Ziegler	845
	<i>Siegfried Ortloff (845) – Siegfried Ziegler (859)</i>	
	Abkehr vom Gehlen-Erbe	908
	<i>Reformauftakt: Karl Carstens und Gerhard Wessel (908) – Desinformation und Politisierung (918)</i>	
	Vertuschung nach außen: Arbeit am Lügengespinnst	927
	<i>Kritische Stimmen und Gehlens Widerspruch (927) – Konzertierte Irreführung des Parlaments und der Öffentlichkeit im Guillaume- Ausschuss 1974/75 (938)</i>	
6.	Zwei aufmerksamkeitssträchtige Randfiguren	957
	Günther Heysing	958
	Helmut Bärwald	966

VIII. Vergangenheitssabwehr nach außen und innen	981
1. SED-Kampagnen und kritische Stimmen im Westen	982
Zwischen den »Adenauer-Wahlen« 1953 und 1957	982
Ausbau des Vorwarndienstes	991
2. Bedrängte Prominenz	1004
Theodor Oberländer	1005
Hans Globke, Reinhard Strecker und V-Mann 41001	1009
3. Eichmann in Pullach	1049
Tonbänder, Transkripte, V-Leute	1050
Geldwerte Bekenntnisse	1070
4. Eichmann in Jerusalem	1105
Beobachtung, Bespitzelung, Beeinflussung	1105
<i>Nachrichtendienstliche Prozessvorbereitung, die Globke-Frage (1105) – Prozessbegleitung und Einflussnahme (1154) – Kleine flankierende Eingriffe (1169)</i>	
Der späte Kommunist	1178
Eichmann vs. Globke	1190
IX. Liaisons mit Unionspolitikern: Dienstvergehen und Geheimnisverrat in Permanenz	1203
1. Das »Winterstein«-Unwesen lebt fort	1203
2. Geheime Parteidienste nach Adenauer und Globke	1206
Verstärkung der Kontaktlinien	1206
In den Kiesinger-Jahren	1222
3. Opposition, Gegnerschaft und Feindschaft in der sozialliberalen Ära	1238
Kurze Wege zwischen Pullach, München, Rott am Inn und Bonn	1241
Weiß und Marx: Hoffnung auf die Wende	1255
Verschärfter Kampf nach 1976 – Mitspieler MfS	1264
4. Neuerlicher Aufgalopp und Niedergang in den Kohl-Jahren	1294
Weiß und »Schwarz« – Die Stasi war ihr Eckermann	1294
»Wintersteins« Ende und der Sturz des BND-Vizepräsidenten	1326
»Dem ganzen Volk, nicht einer Partei dienen«	1365
Nachbetrachtung	1387

Anhang	1425
Abkürzungen	1425
Quellen und Literatur	1430
Zitierte Archivquellen	1430
Zitierte Memoiren und Quellensammlungen	1434
Zitierte Literatur	1435
Personenregister	1445
Dank	1459
Der Autor	1461

Vorbemerkung

Die Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945 – 1968

Die Unabhängige Historikerkommission zur Erforschung der Geschichte des Bundesnachrichtendienstes 1945–1968 (UHK) wurde im Frühjahr 2011 berufen und sechs Jahre mit insgesamt 2,4 Millionen Euro aus Bundesmitteln finanziert. Die Kommission sowie ihre zeitweilig zehn Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, denen zuallererst gedankt sei, hatten im Bundeskanzleramt und im Bundesnachrichtendienst freien Zugang zu allen derzeit noch klassifizierten und bisher bekannt gewordenen Akten des Untersuchungszeitraums. Nach vorbereitenden »Studien« (www.uhk-bnd.de) legt sie ihre Forschungsergebnisse in 15 Monografien vor. Die UHK hatte sich verpflichtet, die Manuskripte durch eine Überprüfung seitens des BND auf heute noch relevante Sicherheitsbelange freigeben zu lassen. Dabei ist sie bei keiner historisch bedeutsamen Information einen unververtretbaren Kompromiss eingegangen.

Das Forschungsprojekt zur Geschichte des BND unterscheidet sich von ähnlichen Vorhaben insofern, als es sich nicht auf die Analyse der personellen Kontinuitäten und Diskontinuitäten zur NS-Zeit beschränkt, sondern eine breit gefächerte Geschichte des geheimen Nachrichtendienstes aus unterschiedlichen Perspektiven bietet. Eine Bedingung der Vereinbarung mit dem BND war es gewesen, dass die UHK den Rahmen und die Schwerpunkte ihrer Forschung selbst festlegt. Gleichwohl waren auf einigen Feldern Einschränkungen hinzunehmen, namentlich bei den Partnerbeziehungen und den Auslandsoperationen des Dienstes.

Die Zusammenarbeit mit dem Bundeskanzleramt, vertreten durch die Herren Ministerialdirigenten Hans Vorbeck und Carsten Maas, war ausgezeichnet. Bei den BND-Präsidenten Ernst Uhlrau, der das Projekt durchsetzte, Gerhard Schindler, der es förderte, und Bruno Kahl, in dessen Amtszeit es 2022 endete, stieß die Arbeit der Kommission auf Verständnis und Entgegenkommen.

Jost Dülffer, Klaus-Dietmar Henke (Sprecher),
Wolfgang Krieger, Rolf-Dieter Müller

Zwischenbemerkung

Zwischen dem ersten Kapitel meines ersten Bandes mit dem Titel »Geheime Dienste« (Band 10 dieser Reihe), »Dr. Schneiders« Erzählungen und das amerikanische Kalkül«, das 1945 einsetzt, und dem letzten Kapitel im vorliegenden Band, das mit »Liaisons mit Unionspolitikern: Dienstvergehen und Geheimnisverrat in Permanenz« überschrieben ist, liegt ein halbes Jahrhundert. Unsere Geschichte der innenpolitischen Präsenz des BND in der nachnationalsozialistischen Bundesrepublik reicht bis in die ersten Tage der rot-grünen Bundesregierung 1998 und führt über ihren Kernbereich, die Ära Adenauer, hinaus. Sie geht auch noch dem Fortwirken der demokratiegefährdenden Traditionen nach, die den von Reinhard Gehlen geformten Apparat lange dominiert haben.

Der 2018 erschienene erste Band hat dem Leser nur einen ersten Eindruck von dieser bis in unser Jahrhundert hinein im Dunkeln liegenden Geschichte geben können. Im zweiten Band werden wir der vollen Entfaltung einer Oberen Bundesbehörde ansichtig, die sich als eine Institution sui generis verstand und dies gewiss auch gewesen ist. Über zwei Jahrzehnte hinweg völlig unkontrolliert, blieben die meisten Mitarbeiter des frühen BND unter der Käseglocke des Hochgeheimen länger als die Beamten anderer Ämter und Behörden der antipluralistisch-obrigkeitsstaatlichen Denkungsart verhaftet, die sie aus der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts mitgebracht hatten. Dass sie von dem nach und nach einsetzenden Wandel in Politik, Gesellschaft und Kultur schwerer erreichbar waren als andere, haben wir im ersten Band angedeutet und vertiefen es im Folgenden weiter.

In dem bis 1953 reichenden ersten Band ging es um die Instrumente der politischen Inlandsspionage; um die ausgedehnte Kontaktpolitik des frühen BND zu konservativen Parteien, zu reaktionären Zirkeln und Milieus; ebenso um eine Gegnerbekämpfung, die Verleumdungen bis hin zum Rufmord zu ihren selbstverständlichen Methoden zählte. Außerdem haben wir die Anfänge der systematischen Beobachtung von FDP und SPD für die Zwecke des Bundeskanzleramts vor Augen geführt. In diesem zweiten Band kristallisieren sich nun die drei eng miteinander verwobenen innenpolitischen Handlungsfelder des frühen BND deutlicher heraus: die Sicherung des eigenen Organisationsinteresses um fast jeden Preis, sodann die mit größter Energie und Geheimhaltung betriebene Ausspähung der Sozialdemokratie wie der Freien Demokraten und schließlich seine bis in die neunziger Jahre reichende Verquickung mit führenden Politikern und Parlamentariern der Unionsparteien.

Auf diesen Betätigungsfeldern gedieh unter anderem die in Kapitel V beschriebene, von Gehlen mit dem später als KGB-Agent enttarnten Heinz Felfe blindlings betriebene Unternehmung, mit der er Bundeskanzler Konrad Adenauer und Kanzleramtschef Hans Globke suggerierte, dass allein Pullach in der Lage sei, die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland zu garantieren. Es war die Konstruktion einer staatsgefährdenden Bedrohung, die beträchtlich zum Abbau des Machtgefälles zwischen dem Bundeskanzleramt und dem BND beitrug. Die nachrichtendienstliche Imagepolitik des Gehlen-Dienstes durch Medienbeeinflussung, die in Kapitel VI betrachtet wird, gehört ebenso zu den hier analysierten Unternehmungen wie seine Operationen der »Vergangenheitsabwehr nach außen und innen« (Kapitel VIII), einschließlich der Ausspähung des Verteidigers von Adolf Eichmann in Jerusalem.

Noch stärker als im ersten Band tritt nun das Züge einer Symbiose tragende Zusammenwirken zwischen Gehlen und Globke hervor. Der Staatssekretär war zwar dessen unmittelbarer Vorgesetzter, häufiger jedoch sein Partner bei den heute kaum noch glaublichen Machenschaften des Auslandsnachrichtendienstes in der Innenpolitik. Diese geheimen Dienste kamen Globke – wegen seiner Mitwirkung an der justiziellen Bemäntelung der Judenverfolgung in permanenter Rundumverteidigung – unmittelbar persönlich zugute. Hauptnutznießer der geheimen Dienste des BND war jedoch der Bundeskanzler und CDU-Vorsitzende selbst: Mit der systematischen Ausforschung der SPD-Spitze, die in Kapitel VII minutiös rekonstruiert ist, gab er Adenauer eine starke innen- und parteipolitische Waffe an die Hand. Wäre dieses westdeutsche »Watergate« seinerzeit aufgefliegen, hätte sich vor den Zeitgenossen in der noch ungefestigten Republik ein Abgrund von Machtmissbrauch aufgetan.

Vor seinem Abtreten, unter dem Eindruck der Felfe/*Spiegel*-Krise 1961/62, erklärte der Gründungskanzler den Gründungspräsidenten, der ihm in seiner vor 1945 erworbenen Überzeugung, der Zweck heilige die Mittel, über ein Jahrzehnt lang treulich zugearbeitet hatte, für limitiert und überfordert. Diese späte Distanzierung ändert jedoch nichts an der Tatsache, dass die Präsenz des BND in der Innenpolitik für Bundeskanzler Adenauer in den fünfziger Jahren viel größere Bedeutung hatte als eine Auslandsaufklärung, die nur bescheidene Ergebnisse zu offerieren vermochte.

Aus Umfangsgründen musste der vorliegende zweite Band der »Geheimen Dienste« geteilt werden.

I. Auftakt zur Ära Adenauer 1953

1. Regierungsbildung, Manöverkritik bei FDP, SPD, DP

Am 7. September 1953 begann die eigentliche Ära Adenauer. Die Westdeutschen wachten an diesem Montag in einer anderen Republik auf: Bei den Wahlen zum 2. Deutschen Bundestag hatten die Unionsparteien, kaum glaublich, nur einen Sitz weniger als die absolute Mehrheit der Mandate erreicht,¹ ein Novum der deutschen Parlamentsgeschichte. Nach Jahren erbitterter Auseinandersetzung über die Grundlagen und Ziele der jungen Demokratie, von der es manchmal schien, als werde sie an der nationalsozialistischen Hinterlassenschaft ersticken, etablierte sich gleichsam über Nacht eine bürgerlich-konservative Hegemonie.

Entsprechend vehement griffen die Kommentatoren in die Tasten: »Dies ist Konrad Adenauers Sieg«, schrieb die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*. »Er wusste und weiß, welche Politik er betreiben will. Er hat es verstanden, sie dem Volk begreiflich zu machen. Das Volk hat ihm gestern zugestimmt.« Es sei ein »Triumph der Klarheit« gewesen, so weiter: »Niemand kann den durchschlagenden persönlichen Erfolg des Kanzlers bestreiten. Auch seine Gegner kommen daran nicht vorbei.«² In der Tat. Rudolf Augstein, der an Adenauers Politik nichts hatte gut finden können, prophezeite im *Spiegel* einigermaßen apokalyptisch, die CDU sei nun zur »Staatspartei« geworden: »Noch ein solcher Sieg und die deutsche Demokratie ist verloren.«³ Auch die Auslandspresse reagierte verblüfft. Die *New York Times* verkündete in seltener Emphase, Adenauers Wahlsieg bedeute, »dass die Schlacht um die deutsche Seele entschieden ist und dass der Kreml sie verloren hat«. Die *Neue Zürcher Zeitung* sah in dem Wahlergebnis ebenfalls ein Plebiszit für die Westbindung. Der liberale *Manchester Guardian* fühlte sich durch diesen Erdrutsch gar an den alten Slogan »Ein Volk, ein Reich, ein Führer« erinnert, setzte jedoch beruhigend hinzu:

1 Peter Schindler, Datenhandbuch zur Geschichte des Deutschen Bundestages 1949 bis 1999, Baden-Baden 1999, Bd. 1, S. 156. Wegen eines Fraktionswechsels verfügten die Unionsparteien bei Konstituierung des Parlaments am 6. 10. 1953 mit 244 von 487 Sitzen über die absolute Mehrheit der Mandate.

2 FAZ, 8. 9. 1953 (»Der Sieg des Staatsmannes«).

3 Der Spiegel, 16. 9. 1953 (»Gott schütze Sie, mein Kanzler«); die folgenden Stimmen der Auslandspresse zit. nach dieser Ausgabe.

»Dr. Adenauer aber – dessen sind wir sicher – hat nicht die leiseste Absicht, in die Fußstapfen des Führers zu treten.« In allen Betrachtungen war die Erleichterung über die plötzliche Entradikalisierung der Bundesrepublik zu spüren.

Für die Organisation Gehlen bedeutete der Triumph des Bundeskanzlers eine Zukunftsgarantie. Zweifellos würde er nun seinen schon länger gefassten und mit den Westmächten abgestimmten Beschluss umsetzen, den Pullacher CIA-Apparat zum frühestmöglichen Zeitpunkt in die Bundesverwaltung zu überführen.⁴ Konrad Adenauer und der »unentbehrliche Hans Globke«⁵ (der jetzt zum Staatssekretär und Chef des Kanzleramts aufstieg) schätzten die geheimen Dienste, die Reinhard Gehlen ihnen mit seiner ausgedehnten politischen Inlandsspionage leistete, zu sehr, als dass sie auf den Gedanken verfallen konnten, den bei den Amerikanern nicht sonderlich angesehenen »Dr. Schneider« etwa zur Disposition zu stellen. Ein Wechsel an der Spitze des künftigen Bundesnachrichtendienstes hätte sich in den Augen des alten und neuen Kanzlers wie eine grobe politische Dummheit ausgenommen, würde man damit doch den reichen innenpolitischen Informationsstrom aus Pullach selbst zum Stillstand bringen.

Reinhard Gehlen wusste, dass er sich in Bonn unentbehrlich gemacht hatte. Nach der grandiosen Bestätigung der Unionsparteien durch den Wähler sah er erst recht keine Veranlassung, die politische Inlandsspionage etwa in Frage zu stellen und seine Symbiose mit dem frischgebackenen Staatssekretär während der »uneingeschränkten Ära Globke«⁶ zu lockern, die im Bundeskanzleramt nun ihren Anfang nahm. Die Stimmzettel waren kaum ausgezählt, da ließ sich der BND-Chef in spe von seiner Abteilung Spionageabwehr schon über die Bildung des zweiten Kabinetts Adenauer unterrichten. Nicht zuletzt wegen der anstehenden Wehrgesetze, für die eine Zweidrittel-Mehrheit benötigt wurde, stellte Adenauer die Weichen sogleich in Richtung eines breiten bürgerlich-konservativen Bündnisses mit der Freien Demokratischen Partei (FDP), dem Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) und der Deutschen Partei (DP). Entsprechend kompliziert gestalteten sich die Koalitionsverhandlungen. Gehlens Zuträger machten denn auch alle Anstrengungen, um ihn über die schwere Geburt auf dem Laufenden zu halten. Sie erreichten dabei zwar nur selten die Tiefe der laufenden Presseberichterstattung, doch der eine oder andere Hinweis war sicherlich nützlich. Sehr viel wichtiger war jetzt allerdings etwas anderes, nämlich die Demonstration, dass die geheimen Dienste

4 Im Einzelnen dazu Thomas Wolf: Die Entstehung des BND. Aufbau, Finanzierung, Kontrolle, Berlin 2018, S. 273 ff.

5 Hans-Peter Schwarz, Anmerkungen zu Adenauer, München 2004, S. 200.

6 Hans-Peter Schwarz, Adenauer. Der Staatsmann: 1952–1967, Stuttgart 1991, S. 120.

der Organisation Gehlen selbstverständlich auch in der zweiten Legislaturperiode erbracht werden würden.

Der erste aus einer Reihe für Gehlen persönlich bestimmter Berichte des Referats 40/P⁷ der Abteilung Spionageabwehr ging auf einen langjährigen Informanten in der FDP⁸ zurück und bezog sich auf die politische Lage vier Tage nach der Wahl.⁹ Der Kanzler habe sich gegen die Befürworter einer »Einparteienregierung« durchgesetzt, hieß es darin; entsprechend »großes Kopfzerbrechen« bereite die Regierungsbildung nun. Es stehe aber bereits fest, dass die Union keines der Schlüsselministerien aus der Hand geben werde, und da »Franz Josef Strauß am 10.9.53 seine Ansprüche auf das Verteidigungsministerium aufgegeben« habe, sei die Berufung von Theodor Blank an die Spitze dieses Ressorts zu gegebener Zeit gesichert. Das waren freilich keine Neuigkeiten für Hans Globke.

Mehr Aufmerksamkeit fanden die Informationen aus der FDP, die »Dr. Schneider« an »Globus« telefonisch bzw. bei einer ihrer drei Begegnungen zwischen Mitte September und Mitte Oktober in Bonn weitergab. Bei den von Richtungskämpfen zerrissenen Liberalen kämpften mehrere Prätendenten um ein Ministeramt, und da war es für den Kanzleramtschef interessant zu erfahren, dass die FDP-Spitze nicht mehr den bisherigen Vizekanzler Franz Blücher, sondern den Fraktionsvorsitzenden Hermann Schäfer als Adenauer-Stellvertreter (als »Stellvertreter des Führers«) favorisiere. Daraus wurde allerdings nichts, denn obwohl Blücher, wie der Informant zu berichten wusste, von seinen eigenen und von den christdemokratischen Parteifreunden »erwiesene Nichteignung« bescheinigt wurde, behielt er seine herausgehobene Stellung. Elektrisierend muss auf Gehlen hingegen die Tatsache gewirkt haben, dass der zum nationalliberalen Flügel zählende Victor-Emanuel Preusker als neuer Wohnungsbauminister im Gespräch war – einer der wichtigsten innenpolitischen Informanten seines Dienstes überhaupt; seit in Bonn Politik gemacht wurde, verriet er ungebremst und ungeniert alle möglichen Interna.¹⁰ V-Mann 7932, Preusker, wurde tatsächlich Minister. Adenauer und Globke ahnten nichts von der Nebentätigkeit des neuen Kabinettskollegen.

7 Siehe Klaus-Dietmar Henke: Geheime Dienste. Die politische Inlandsspionage der Organisation Gehlen 1946–1953, Berlin 2018, S. 278 ff.

8 Ebd., S. 665 ff.

9 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Situation vor der Regierungsbildung, 17.9.1953 (Zeitpunkt der Feststellung: 10./11.9.1953.), in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1828 ff. 40/P wurde Anfang 1954 in 122/U umbenannt. Beim Nachweis der zitierten Dokumente werden neben der in Klammern gesetzten numerischen Kennung der jeweiligen Dienststelle in der Regel auch deren verantwortliche Leiter genannt. Bei den Untergliederungen ist das nicht durchweg möglich.

10 Henke, Geheime Dienste, I, S. 666 ff.

In demselben Bericht kam die Sprache auch auf Justizminister Thomas Dehler, dem Adenauer bereits seine Wiederberufung signalisiert habe. Das entsprach dem Wissensstand der Insider. Tatsächlich entledigte sich der Kanzler jedoch dieses eigenwilligen Ministers und legte damit selbst einen Keim zu den dramatischen Auseinandersetzungen in der Regierungskoalition 1955/56.¹¹ Seines Portefeuilles beraubt, versteifte sich der verbitterte Dehler als Vorsitzender der Bundestagsfraktion und bald auch der FDP auf eine »Strategie der Opposition innerhalb der Koalition«.¹² Als der Eklat seiner Nichtberufung ruchbar wurde, sah die Hauptstadt-Presse voraus, dass von dem gern aufbrausenden Manne künftig »gepfefferte Sachen«¹³ zu erwarten waren.

Von den zahlreichen Hinweisen recht banalen Charakters hebt sich ein Bericht für Gehlen persönlich ab, in dem eine Tour d'Horizon des umstrittenen FDP-Vizes Friedrich Middelhaue¹⁴ wiedergegeben wurde.¹⁵ Diesmal war es V-Mann 2697, der den Nachrichtendienst belieferte. Er ist uns ebenfalls bereits begegnet: August Hoppe, leitender Mitarbeiter des NWDR bzw. WDR und einer der eifrigsten Zuträger Pullachs.¹⁶ Drei Tage nach den Bundestagswahlen, so wusste er zu berichten, habe der Landesvorsitzende der nordrhein-westfälischen Liberalen folgendes Fazit gezogen: »Die Wahlniederlage sei auf die Führungskrise und die inneren Auseinandersetzungen in der Partei, auf die mangelnde Abgrenzung gegenüber der CDU und auf den allgemeinen ›Sog‹ zugunsten der CDU (Person Dr. Adenauer) zurückzuführen.« Der Vorsitzende befürchte, seine Partei werde in einer erneuten Koalition mit den Unionsparteien weiter an Profil verlieren »und zu einem ›Wurmfortsatz der CDU‹ degradiert« werden. Das könne die »völlige politische Auslöschung« der FDP bei den nächsten Bundestagswahlen bedeuten. Als diese Information, nach der Middelhaue sich für eine deutliche Absetzung von der Adenauer-CDU stark mache, in Pullach eintraf, war sie von der Entwicklung zwar bereits überholt, doch illustrierte sie noch einmal die Divergenzen im liberalen Lager.

Ende September, der Kanzler hatte sich auf die Bühler Höhe zurückgezogen und enthielt sich jeglicher Andeutung über seine Absichten, häuften sich die Hinweise zum Gang der Regierungsbildung. Es waren die Tage der beiden Quellen V-2697 (Hoppe) und V-7904, Preuskers Sekretär Rudolf Finke; für den

11 Siehe unten, S. 320 ff.

12 Hans-Peter Schwarz, Die Ära Adenauer, Band 2: Epochenwechsel 1957–1963, Stuttgart 1983, S. 200.

13 FAZ, 17. 10. 1953 (»Dehler«).

14 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 678 ff.

15 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Erklärung Dr. Middelhaues zur Situation der FDP nach den Wahlen, 24. 9. 1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1905 ff.

16 Henke, Geheime Dienste, I, S. 474 ff. und 482 ff.

Leser ist er ebenfalls ein alter Bekannter.¹⁷ Binnen einer Woche setzten die beiden Zuträger eine solche Fülle innenpolitischer Informationen ab, dass die Spionageabwehr das anfallende Material zweier Tage zu vier umfänglichen Berichten für Gehlen verarbeiten konnte. Zum Teil unterscheiden sie sich nicht wesentlich von der dichten Presseberichterstattung dieser Tage, doch brachten sie auch Interna, die nicht in der Zeitung standen. Einer Notiz war beispielsweise zu entnehmen, »Bischof Dibelius habe gegenüber dem Bundeskanzler den Wunsch des ›protestantischen Deutschland‹ zum Ausdruck gebracht, die Betrauung [Robert] Tillmanns mit dem Innenministerium einer Berufung Dr. Gerhard Schröders vorzuziehen«. Das schlug nicht durch. Schröder bekam das Innenressort, Tillmanns eines der vier Bundesministerien für besondere Aufgaben als politischen Trostpreis. Dann wieder Neuigkeiten zum Vizekanzler: »In führenden FDP-Kreisen werde weiterhin die Forderung nach einem Rücktritt Blüchers vertreten. Seiner mangelnden Energie werde weitgehend die Schuld am Versagen der FDP bei den Wahlen zugesprochen. Es sei aber zu vermuten, dass der Kanzler Blücher als ›bequemen Vizekanzler‹ halten werde – trotz der gemeinsamen Bemühungen Schäffers und Dr. Erhards, Blücher ›abzuschießen‹«;¹⁸ wie erwähnt, war dieser Initiative des Finanzministers und des Wirtschaftsministers kein Erfolg beschieden.

Parallel dazu kam von dem Preusker-Sekretär der Hinweis, »sowohl der Bundesverband der Deutschen Industrie als auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände seien der Ansicht, dass Schäffer keine Chance mehr habe, Vizekanzler zu werden«. Adenauer sei mit Blick auf die hartnäckige Ambition des einflussreichen CSU-Mannes gegenüber dem Generaldirektor der AEG mit den Worten zu vernehmen gewesen: »Machen Sie sich nur keine Sorgen, ich mache die CSU schon nicht zu stark.« Hier war Pullach der Presse voraus, die noch immer mit dem Finanzminister als möglichem Stellvertreter Adenauers rechnete. Da der Wahlsieger sich strikt weigerte, irgendwelche Verlautbarungen zu seinem künftigen Kabinett zu machen, bevor ihn der Bundespräsident dem Parlament zur Wiederwahl vorgeschlagen hatte, schossen die Spekulationen ins Kraut. Einen umfassenden Beitrag dazu lieferte die Spionageabwehr unter der Überschrift »Erwägungen um die neue Regierungsbildung in der Bundesrepublik«.¹⁹ Er ging auf vertrauliche Gespräche zurück, die »ein führender FDP-Politiker« – der designierte Minister Victor-Emanuel Preusker – in letzter Zeit mit maßgeblichen Politikern geführt hatte, und deren wesentlichen Inhalt sein Sekretär weitergab. Noch immer, teilte er mit, gebe es

17 Ebd., S. 667 ff. und 675 ff.

18 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Auswirkungen der Bundestagswahl vom 6. 9. 53, 29. 9. 1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1941 ff.

19 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), 29. 9. 1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1949 ff.

in den Unionsparteien neben den gesetzten Ludwig Erhard, Jakob Kaiser, Fritz Schäffer, Gerhard Schröder und Anton Storch eine Handvoll Aspiranten auf ein Ministeramt, darunter Theodor Blank, der Fraktionsvorsitzende Heinrich von Brentano und Franz Josef Strauß. Bei der FDP zähle man nicht weniger als elf »Bewerber um einen Ministerposten«. Von der DP, wo die Stimmung »sehr niedergedrückt« sei, nannte V-Mann 7904 Heinrich Hellwege und Hans Christoph Seeböhm, beim BHE seien die Namen Waldemar Kraft und Theodor Oberländer im Spiel. Damit lag er richtig, denn sie wurden bzw. blieben für Angelegenheiten des Bundesrates, für Verkehr, für besondere Aufgaben bzw. für Vertriebene zuständig.

Die Wiederwahl Konrad Adenauers am 9. Oktober 1953 brachte die Gerüchteküche, der bis zuletzt abwegige Mutmaßungen entstieg, nicht zur Abkühlung. Es gab immer noch offene Fragen und Kontroversen, zum Beispiel über die Aufblähung des Kabinetts; sogar die Regierungserklärung des Kanzlers musste deswegen um einige Tage verschoben werden. »Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung?«, fragte die *FAZ*,²⁰ doch am 20. Oktober waren die Wochen der Ungewissheit vorüber. Die neue Bundesregierung, auf 18 Minister angewachsen, traf sich zu ihrer ersten Kabinettsitzung. Der Bundeskanzler dankte den ausgeschiedenen Ministern, betonte, dass er Theodor Blank wegen der außenpolitischen Gegebenheiten noch nicht zum Verteidigungsminister habe machen können, sprach sodann vom Ernst der Weltlage und »führte aus, dass die Bundesrepublik, deren Regierung sich auf eine feste Koalition stütze, als ein starker und geachteter Staat dastehe.«²¹

Neben der Regierungsbildung interessierte sich Pullach für die Manöverkritik, die nach den Wahlen abgehalten wurde, zuallererst in der schockierten SPD, deren Stimmenanteil gegenüber 1949 sogar noch zurückgegangen war. Dem persönlichen Referenten des künftigen Wohnungsbauministers Preusker gelang dabei mit der Beschaffung interner und streng vertraulicher Materialien, die er »von einem Mitglied des DGB-Bundesvorstandes« erhalten hatte, ein besonderer Coup. Die Papiere stammten alle aus den ersten Tagen nach der Wahlniederlage, darunter ein »Gedächtnisprotokoll über die Sitzung des Parteivorstandes der SPD vom 8. und 9. 9. 53«, eine »Niederschrift über den Verlauf der ›Kleinen Parteikonferenz‹ der SPD am 17. 9. 53« und ein »Bericht über den Verlauf der Vorstandssitzung des DGB am 18. 9. 53«. ²² Die Schriftstücke gingen

20 *FAZ*, 13. 10. 1953 (»Schwierigkeiten bei der Kabinettsbildung?«).

21 1. Kabinettsitzung am Dienstag, dem 20. Oktober 1953, in: Die Kabinettsprotokolle der Bundesregierung, Band 6: 1953, bearbeitet von Ulrich Enders und Konrad Reiser, Boppard 1989, S. 459.

22 Siehe den vertraulichen Informationsbrief von Ende Oktober mit Informationen über die SPD, den 40/P (Wilcke) am 10. 11. 1953 an Gehlen sandte, in: BND-Archiv, 122281,

direkt an Gehlen und veranlassten seine Auswerter zu der Bemerkung, sie seien »unbedingt lesenswert. Sie zeigen die Unstimmigkeiten in der SPD-Führung in einer Schärfe auf, wie sie – auch nach den verschiedenen diesbezüglichen Andeutungen der Presse – nicht erwartet werden konnten. Es darf gebeten werden, die Berichte – im Hinblick auf den dringend gebotenen Quellenschutz – nur zur persönlichen Orientierung bei 30 [Gehlen] zu verwenden.«²³

Bald darauf erhielt der »Doktor« von der Spionageabwehr, die sich auf einem Terrain tummelte, auf dem sie rein nichts zu suchen hatte, umfassenden Einblick in eine Sitzung des Parteivorstands der SPD Anfang Oktober 1953.²⁴ Wir haben bereits gesehen, dass Reinhard Gehlen in der Sozialdemokratie eine »klare Gefahr«²⁵ für Deutschland sah, die scharf im Auge zu behalten war.²⁶ Nun interessierten vor allem die innerparteilichen Richtungskämpfe und Reformdebatten, die nach der Wahlniederlage Fahrt aufnahmen. Einer, der dabei besonders hervortrat, war Ernst Reuter, der Regierende Bürgermeister von Berlin. Man dürfe nicht »immer nur anbellen gegen Tatsachen, die stärker sind als wir«, schrieb er der Parteiführung bei der Kleinen Parteikonferenz Mitte September (über die der Nachrichtendienst die erwähnte Niederschrift beschafft hatte) hinter die Ohren.²⁷ Der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer verschloss sich dieser Kritik nicht und räumte ein: »Wir haben unseren eigenen Standort in der neuen Situation noch nicht gefunden.« Als die Parteiführung am 7. Oktober in Bonn zusammentrat, war Reuter soeben verstorben. Sein politisches Vermächtnis stand im Mittelpunkt der Zusammenkunft, wie Gehlen dem beschafften »Gedächtnisprotokoll« entnehmen konnte.

Zunächst sei von den Beisitzern scharfe Kritik am Parteivorstand geübt worden, heißt es in dem Schriftstück, »insbesondere wegen seiner negativen Grundhaltung, seiner Abkapselung von den politischen Tagesfragen, wegen seinen selbstsüchtigen Beweggründen (sic!) zum Wahlausgang und der Sterilität seiner politischen Arbeit«. Danach mahnte der bayerische SPD-Chef Waldemar von Knoeringen, angesichts des schweren Verlusts, den die Par-

Bl. 109 ff., und die Niederschrift über die »Sitzung PV, PA, KK, Bezirkssekretäre, Bundestagsfraktion und Länderminister am 17. 9. 1953 in Bonn«, in: AdSD, PV-Protokolle 1953.

23 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Haltung der SPD nach den Bundestagswahlen, 30. 9. 1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 1979 f.

24 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Sitzung des PV der SPD vom 7./8. 10. 1953, 26. 10. 1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 2144 ff.

25 So Gehlen in seiner Denkschrift »Die Erhaltung des amerikanischen politischen Einflusses in Europa« vom 16. Mai 1949, in: BND-Archiv, 1112, Bl. 27 ff., hier Bl. 34.

26 Henke, Geheime Dienste, I, S. 716 ff., sowie unten, S. 545 ff.

27 Zit. nach Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei. Programmatik, praktische Politik und Organisation der deutschen Sozialdemokratie 1945–1965, Bonn 1996, S. 289; das nachfolgende Zitat ebd., S. 290.

tei durch den plötzlichen Tod Ernst Reuters erlitten habe, müsse man alles Trennende zurückstellen und sich dessen Ideen widmen, »wie die SPD wieder auf den rechten Weg gebracht werden könne«. Carlo Schmid erläuterte einen »10-Punkte-Plan«, der im politischen Nachlass des Verstorbenen gefunden worden war. Er fügte sich in die nun einsetzende lebhaft »Ortsbestimmung einer reformistischen Volkspartei«²⁸ und las sich wie ein Fanal zur Erneuerung der Sozialdemokratie: »Reformation der SPD an Haupt und Gliedern«; »Überbrückung und Beseitigung der Entfremdung zwischen den intellektuellen Persönlichkeiten der Partei, die sich unter verschiedenartigen geistigen Vorbehalten (der Partei) dem Sozialismus verschrieben haben, und den Funktionären der SPD, für die der Sozialismus immer noch eine Klassenangelegenheit ist«; Entwicklung der SPD zu einer »liberalen Linkspartei«; »Pflege des Mutes, um auch den Massen in öffentlichen Kundgebungen diese Wandlung des Sozialismus verständlich zu machen«; »Aufgabe alter Parolen und Symbole und die Ausmerzung unsinniger Schlagworte«; »Aufgabe des Klassenkampfes sowie althergebrachter engherziger Dogmen«; Trennung des Parteiapparates von den Parlamentsfraktionen und »Befreiung aus den Netzen der Ideologien«; Annäherung an die »auf sozialen Ausgleich gerichteten liberalen Linkswähler«; mehr Konzentration auf die Innen- als auf die Außenpolitik. Das waren Tendenzen, die den CDU-Vorsitzenden Konrad Adenauer interessieren mussten, den Globke über sämtliche BND-Informationen von Belang auf dem Laufenden hielt.

Von weiteren erstaunlichen Tönen aus der Sozialdemokratie war zu hören. So habe etwa Carlo Schmid der »Notwendigkeit eines außenpolitischen Kurswechsels der SPD« das Wort geredet. Werde die Erwartung einer Verständigung der Westmächte mit der Sowjetunion enttäuscht, »dann sei für die Sozialdemokratie der Zeitpunkt gekommen, sich dem Faktum der Geschichte zu fügen und die bisherige Europa- und Wiederbewaffnungspolitik zu revidieren. Es ließe sich nicht mehr leugnen, dass es dem Kreml gelungen sei, der sozialdemokratischen Propaganda, welche die Wiedervereinigung als in nächster Zukunft möglich darstellte, das Rückgrat zu brechen. Die SPD müsste ihre Politik auch deswegen revidieren, um die Entwicklung, die sie nicht verhindern konnte, wenigstens zu einem Teil in ihrem Sinne zu beeinflussen«. Hier wie in anderen Politikfeldern gebe es »Ansatzpunkte für eine Zusammenarbeit von SPD und FDP«. In Pullach wie in Bonn war sonnenklar, dass eine modernisierte Sozialdemokratie den Regierungsparteien und namentlich der Union viel gefährlichere Konkurrenz machen würde als eine SPD, die in eingefahrenen Traditionen und Strukturen verharrte – vom Gespenst einer soziallibera-

28 Klotzbach, Sozialdemokratie, S. 299.

len Koalition ganz zu schweigen. Der Gehlen-Dienst verstärkte seine Beobachtung der Oppositionspartei daher von Jahr zu Jahr.

Nach der Befassung mit dem Vermächtnis Ernst Reuters und den Visionen Carlo Schmidts diskutierte der Parteivorstand Gedankengänge, mit denen der hessische Ministerpräsident Georg August Zinn hervorgetreten war. Der habe sich, wie der Bericht der Spionageabwehr vermerkte, schon seit langem mit den Konzeptionen der »sogenannten Bürgermeister-Gilde verbunden gefühlt und schon mehrmals im Parteivorstand zum Ausdruck gebracht, dass die praktischen Erfolge von Reuter, [dem Hamburger Bürgermeister Max] Brauer und [dem Bremer Bürgermeister Wilhelm] Kaisen so sichtbar seien, dass man an der Richtigkeit dieser politischen Linien nicht mehr zweifeln könnte. Er sei entschlossen, diese Politik auch in Hessen zu realisieren.« Zinns Gedanken seien vom überwiegenden Teil des Parteivorstands geradezu als »Richtschnur für die Aufgaben der sozialdemokratischen Opposition im Bundestag« aufgenommen worden, war zu lesen. Eine Wandlung der Sozialdemokratie im Sinne Ernst Reuters heiße für den Ministerpräsidenten nämlich: »Entwicklung von der negativen bisherigen Grundhaltung zur verhandlungsbereiten Oppositionspartei auf breitester Grundlage und Befreiung der Parlamentspolitik von der Gängelung durch den Parteiapparat.« Es sollte noch viel Zeit verstreichen, bis die SPD tatsächlich den Weg in Richtung einer zeitgemäßen linken Volkspartei fand – immer begleitet vom lebhaften Interesse Pullachs.²⁹

Abschließend gab das Gedächtnisprotokoll einige interne Einschätzungen über Spitzenfunktionäre wie Fritz Heine, Wilhelm Mellies und Alfred Nau wieder, nicht ohne dabei den SPD-Landesvorsitzenden von Baden-Württemberg, Erwin Schöttle, herauszustellen, »dessen maßvolle, einer Art liberalen Linkspartei nicht abgeneigte Haltung, die dem schwäbischen Wesen entspreche, schon häufiger unter Beweis gestellt wurde«. Im Vorstand wie in der Fraktion wirke er immer in einem ausgleichenden Sinne, »so unscheinbar er in seinem äußeren Wesen auch sei, so sicher und zuverlässig wäre sein politischer Instinkt«, ja er gelte als eine Art »Kronprinz«. In einer internen Bemerkung für Gehlen wurde eigens darauf hingewiesen, dass Schöttle »sich in der Partei in den Vordergrund zu spielen scheint«.

Schließlich die DP, über deren Wundenlecken nach der Wahl, die ihr 3,3% der Stimmen beschert hatte, der Gehlen-Dienst schönste Interna und bunteste Details in Erfahrung brachte.³⁰ Die wichtige Sonderverbindung Gert Ohlendorf

29 Siehe unten, S. 545 ff.

30 Wilcke (40/P) an Gehlen (30), Sitzung des Bundesdirektoriums der Deutschen Partei am 18. 9. 53 in Bonn, 13. 10. 1953, in: BND-Archiv, 122280, Bl. 2074 ff. Hervorhebung im Original.

(S-1951),³¹ der guten Kontakt zum rechten Rand des politischen Spektrums und über diesen hinaus pflegte, hatte sie von einer seiner Unterquellen besorgen lassen. Eingangs der Sitzung des Bundesdirektoriums habe der langjährige Parteivorsitzende, Bundesminister Heinrich Hellwege, betont, der Wähler habe sich »nicht partei-, sondern staatspolitisch entschieden; insofern sei die Wahlparole der Deutschen Partei richtig gewesen, doch habe sie dabei als Partei verloren. Die DP will keine nationale Opposition, sondern nationale Verantwortung.« Allerdings sei die Parole »Macht den rechten Flügel stark« nicht zugkräftig gewesen. Einschließlich der FDP sei der rechte Flügel im Bundestag heute kleiner als zuvor; »Flaggen und Marschmusik ziehen nicht«. Die Partei habe überdies nur beschränkte Mittel einsetzen können und viele neue Mitglieder seien gar nicht in der Lage, das konservative Gedankengut angemessen zu vertreten. Auch die Kandidaten seien »größtenteils nicht einwandfrei« gewesen. Eine Parteigenossin steuerte die Beobachtung bei, »die DP-Vertreter seien einmal als Deutschnationale, einmal als Demokraten, einmal als Neofaschisten aufgetreten«.

Besonderes Gewicht kamen den Ausführungen von Hans-Joachim von Merkatz zu, seit 1949 Bundestagsabgeordneter und nun Fraktionsvorsitzender der Partei: »Das Volk habe einen starken Führer und eine starke Regierung gewählt; das sei deutsche Tradition.« Die Frontgeneration habe sich zu Wort gemeldet: »Sie fordere eine konkrete, sachliche Politik und lehne jeden Radikalismus ab; sie verfolge so etwas wie ein quietistisches Ideal der Ruhe und Sicherheit. Der Frontsoldat wolle nicht mehr kämpfen für ein Ideal, wohl aber arbeiten. Im Vordergrund stehe die Einigung Europas. Das kaiserliche wie das nationalsozialistische Deutschland seien begraben. Die Deutsche Partei benötige ein Planungsgremium, das das konservative Gedankengut anhand des aktuellen Geschehens leicht fasslich darstelle.«

Ein Bremer Vertreter hielt dagegen, jetzt müssten die Wähler der verbotenen Sozialistischen Reichspartei (SRP) gewonnen werden; in Bremen hätten sich »die 131er und die HIAG« für die DP entschieden. Man solle, entgegen den Ausführungen Hellweges, eine »nationale Opposition schaffen«. Bundesverkehrsminister Hans Christoph Seebohm zog einen breiteren Horizont auf: »Die SPD sei nicht geschlagen«, befand er, »sie liege prozentual ebenso hoch wie in den letzten 20 Jahren. Wenn sie so schlecht abgeschnitten habe, liege es daran, dass sie den Wahlkampf nur gegen Adenauer, nicht aber gegen Erhard und Schäffer geführt habe. Außerdem habe sie nur mit außenpolitischen Fragen gearbeitet. *Dies sei der Rat des Abgeordneten Wehner gewesen, der der sowjetische Exponent in der westdeutschen Politik sei.*«

31 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 703 ff.

Danach ging es im Bundesdirektorium um die Regierungsbildung, von dem manches bereits überholt war, als es in Pullach einlangte, was jedoch recht gut auf die Denkart des Spitzenpersonals schließen ließ. Hellwege sprach sich beispielsweise gegen eine Koalition mit dem BHE aus, der »eine sterbende Partei« sei: »Wenn der BHE mitmache, würden die Industriemittel auch an ihn gehen und damit die Gelder der Deutschen Partei weiter schmälern. Adenauer habe sich in diesem Punkt noch nicht entschieden, da er mit der CSU Schwierigkeiten habe.« Gehe die Partei nicht in die Regierung, so der Vorsitzende weiter, verlören die Wirtschaft und die Medien das Interesse an ihr. Merkatz fügte an, die DP sei nicht ganz ohne Gewicht, denn an der verfassungsändernden Mehrheit fehlten dem Kanzler vier Stimmen. Das Referat 40/P stufte den Informationswert dieses Dokuments als »interessante Selbstkritik der DP« ein. Es ist sehr unwahrscheinlich, dass Gehlen die aussagekräftigsten Passagen aus diesen streng vertraulichen Berichten dem Bundeskanzleramt nicht zugänglich gemacht hat.

2. Ausbau der politischen Inlandsspionage

Es wurde schon erwähnt, dass Pullach nach dem erfreulichen Ausgang der Bundestagswahlen und der Bildung des zweiten Kabinetts Adenauer organisatorische Veränderungen bei der politischen Inlandsspionage vornahm, sich an der Praxis der Ausspähung jedoch nichts änderte.³² Mit den vorwiegend kosmetischen Korrekturen sollte vor allem dem immer wieder erhobenen Vorwurf begegnet werden, der Gehlen-Dienst missbrauche seine Macht im Interesse des Kanzleramts und unterhalte dafür spezielle Apparate. Um den bevorstehenden Übergang aus der amerikanischen in die westdeutsche Verantwortung einigermaßen konsensuell gestalten zu helfen und der verbreiteten Skepsis gegenüber einer Umformung der Organisation Gehlen in einen Bundesnachrichtendienst Wind aus den Segeln zu nehmen, erschien es ratsam, den Eindruck zu erwecken, man mache nun mit alten, sozusagen den Wirrnissen der Anfangsjahre geschuldeten bedenklichen Praktiken Schluss. James H. Critchfield, CIA-Verantwortlicher in Pullach, sprach in seiner Jahresbilanz für 1953 von einer Umorientierung »from internal West German security targets« hin zu den Zielen der klassischen Gegenspionage.³³ Genau das aber geschah nicht.

32 Ebd., S. 765 ff.

33 Critchfield (25) an Gehlen (30), Year-end Review of Organization activities and Recommendations for Future Cooperation, 1. I. 1954, in: BND-Archiv, 1190, Bl. 361 ff., hier Bl. 366.

Die in Wahrheit immer weiter ausgebaut politische Inlandsspionage in der Ära Adenauer ging durchweg mit gegenteiligen Beteuerungen Gehlens einher. Gegenüber der Handvoll Bundestagsabgeordneter, die bald bei der Mittelbewilligung für den Dienst mitzureden haben würden, verstand sich eine entsprechende Argumentation von selbst, doch auch in den internen Papieren und Ausarbeitungen für das Kanzleramt fand die breite innenpolitische Ausforschung niemals Erwähnung. Sie war und blieb – abgeschirmt, illegitim, illegal, aber bürokratisch formalisiert – das politisch ebenso nützliche wie ressourcenverschlingende Anliegen der Pullacher Führungsspitze, die sich der Unterstützung des Kanzleramtschefs sicher sein konnte. Bei seiner Anhörung im Bundestagsausschuss für Fragen der europäischen Sicherheit am 11. Dezember 1953 unterstrich Gehlen, Ziel seiner Tätigkeit sei die »Aufklärung des gegnerischen Potentials«, eine »innenpolitische Aufklärung« gehöre nicht zu den Aufgaben seines Dienstes.³⁴ Der Bevollmächtigte des Freistaates Bayern beim Bund nahm das für bare Münze und berichtete nach München, Pullachs geheime Informationstätigkeit »richte sich lediglich gegen den Osten und erstreckt sich nicht auf das Bundesgebiet«.³⁵

Eine umfangreiche interne Denkschrift von 1954 zur »Spionageabwehr« – unter dieser Flagge segelte die politische Inlandsspionage wie erinnerlich schon immer – machte sich bald darauf über alles Mögliche Gedanken, auch zur Verfassung des westdeutschen Bürgers: »In den ungewöhnlichen Nachkriegsverhältnissen«, lautete der Befund, »ist der deutsche Mensch in seinem politischen, sittlichen und ideellen Denken, insbesondere im Hinblick auf die neue geteilte deutsche Staatlichkeit, weitgehend *labil* geworden, und die vaterländische Bindung zu dem Staat Bundesrepublik ist allgemein noch sehr gering.« Als erfahrener Angehöriger der ehemaligen Abwehr benannte der Autor sodann die Aufgaben der Spionageabwehr, nämlich den Schutz von Staat, Regierung, Militär, Wirtschaft, Verkehr, Forschung sowie »der politischen und staatsbürgerlichen Moral« gegen »Spionage, Ausspähung, Sabotage, Zersetzung soweit sie von *fremden* Mächten, Organisationen und Einrichtungen ausgehen«.³⁶ Die breite innenpolitische Ausspähung fand keine Erwähnung. Das war auch in Gehlens grundlegender Stellungnahme über den

34 O. V. [Gehlen], Grundsätze des geheimen Nachrichtendienstes, 9. 12. 1953, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (59), Bl. 172 ff., hier Bl. 173.

35 Der Bayerische Bevollmächtigte beim Bund an das Bayerische Staatsministerium des Innern und die Bayerische Staatskanzlei, Vorgänge um die Organisation Gehlen, 15. 12. 1953, in: BND-Archiv, 24854, Bl. 48 ff., hier Bl. 49.

36 Schmalschläger (91), Gedanken zum Aufbau der Spionage-Abwehr in der Bundesrepublik, o. D. [1954], in: BND-Archiv, 122733, Bl. 2426 ff., hier Bl. 2429. Hervorhebungen im Original.

»Aufbau eines deutschen Nachrichtendienstes« so, die er dem Bundeskanzleramt im Zuge der Übernahmep Vorbereitungen vorlegte: Bei der Tätigkeit seines Dienstes, schrieb er, handele es sich um eine »mit allen Mitteln der Technik und des Geisteslebens arbeitende Wissenschaft, für die die Besten unseres Volkes gerade gut genug sind«. Irgendwelche Hinweise auf die politische Inlandsespionage gab er selbstverständlich nicht, verurteilte jedoch die immer wieder erhobene Behauptung, »dass der Nachrichtendienst einen politischen Machtfaktor im Staate darstellt«; die Unsinnigkeit solcher Unterstellungen sei doch schon am Schicksal des Admirals Canaris abzulesen.³⁷ Die offizielle Unterrichtung der obersten Bundesbehörden und der Regierungschefs der Länder über die Existenz eines neuen westdeutschen Auslandsnachrichtendienstes durch Staatssekretär Hans Globke Ende 1956 hielt dann in einem einzigen kargen Satz fest: »Auf innenpolitischem Gebiet wird der Bundesnachrichtendienst nicht tätig.«³⁸ Diese Formel zog sich viele Jahre lang durch die Regierungsdokumente zum BND.

Die erwähnte Umorganisation der politischen Inlandsspionage vollzog sich während des ersten Halbjahrs 1954 in mehreren Schritten.³⁹ Betroffen waren vor allem der Bereich Spionageabwehr⁴⁰ und die bisher von der aufgelösten Abteilung 35⁴¹ koordinierte Arbeit mit den sogenannten Sonderverbindungen. Kurt Weiß (»Winterstein«), der erst zwei Jahre zuvor zum Gehlen-Dienst gestoßen war und sich in kürzester Zeit zu einem der wichtigsten Akteure der innenpolitischen Ausforschung entwickelte, stieg zum Leiter der Abteilung 133 auf, die außenpolitische Informationen über den Ostblock zu beschaffen hatte. Weiß beschränkte sich allerdings nicht auf diese anspruchsvolle Aufgabe. In einer internen Chronik heißt es dazu lapidar: »1.5.54 – Die »Politische Aufklärung« unter Herrn Winterstein wird als Dienststelle 133 selbständig und untersteht 121, dem »Führungsbeauftragten für Nachrichtendienste« (Herrn Kühne) unmittelbar.«⁴² Der 1961 enttarnte KGB-Doppelagent⁴³ Heinz Felfe beschrieb den Aktionsradius seines umtriebigen Kollegen, der so rasch

37 Gehlen, Aufbau eines deutschen Nachrichtendienstes, 31.5.1954, in: BND-Archiv, 1110, Bl. 483 ff., hier Bl. 484.

38 Rundschreiben des Staatssekretärs des Bundeskanzleramts, 23.11.1954, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (64), Bd. 2, Bl. 130.

39 Siehe auch Wolf, Entstehung, S. 188 ff. und 200 ff.

40 Siehe namentlich Gehlens Anordnung vom 17. Februar 1954 »Ausbau und Erweiterung des III-Dienstes«, in: BND-Archiv, 1172, Bl. 204 f.

41 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 765 ff.; zu Weiß ebd., S. 298 ff. Vgl. vor allem unten, S. 373 ff.

42 Chronologie, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15102 (107), Bl. 34.

43 Ungeachtet verschiedener Bezeichnungen belasse ich es bei Nennung der sowjetischen Geheimpolizei durchgehend bei dem Kürzel KGB.

in die engste Entourage Gehlens eingerückt war, rückblickend recht präzise: »Es gab seit 1952 keine innenpolitische Aktion des BND, an der ›Winterstein‹ nicht beteiligt wurde.«⁴⁴

Sofort nach seiner Ernennung schaltete sich Kurt Weiß in die Neuordnung des Bereichs Sonderverbindungen ein. Das zeigen seine Hinweise für Henning Wilcke (»Wilden«), der seit langem zum Dienst gehörte, in der Abteilung Spionageabwehr die innenpolitische Berichterstattung besorgt hatte und nun ebenfalls der Dienststelle 121 unterstand.⁴⁵ »Winterstein« informierte darin, dass er auf Geheiß Gehlens hinfort »Sonderverbindungen zu a) einzelnen politischen Persönlichkeiten, b) einigen führenden Journalisten« unterhalte. »In allen anderen Presse-Verbindungen sind Mitarbeiter der Zentrale oder der Außenstellen als unmittelbare Kontaktorgane eingeschaltet. Diese Verbindungen sind bei 133 registriert, sodass hier ein Gesamtüberblick über alle Presse-Kontakte der Org besteht.«⁴⁶ In einer persönlichen Besprechung hatte Gehlen zu Wilcke außerdem gesagt, dass ihm sämtliche von den Sonderverbindungen eingehende Informationen zur Kenntnis zu geben seien. Ihm komme es nun darauf an, »den Kreis der Sonderverbindungen zu begrenzen, die verbleibenden Verbindungen aber auch für eine ND-mäßige Berichterstattung heranzuziehen«. Darüber hinaus erwarte er »von Zeit zu Zeit Vortrag« über die Entwicklung auf diesem Feld. »Auch bei besonderen Anlässen und bemerkenswerten Meldungen, die durch Sonderverbindungen eingehen, ist 88 [Gehlen] Vortrag zu halten.« Dem Vorschlag Wilckes, »besonders diffizile Quellen«, etwa V-Leute aus dem Bereich des DGB und der SPD, künftig besser als Sonderverbindungen zu führen, stimmte der künftige BND-Präsident zu.⁴⁷

Den Abschluss fand die Umgruppierung bei den Sonderverbindungen im Bereich der politischen Inlandsspionage mit einer Bestandsaufnahme Mitte des Jahres, wobei die Rückläufe aus den verschiedenen Dienststeinheiten nicht immer klar zwischen Quellen und Sonderverbindungen unterschieden. Das Bonner Verbindungsbüro listete denn auch unterschiedslos seine sämtlichen Kontakte auf, aufgegliedert in »Regierung«, »Parteien«, »Länderregierungen« und »Ausländer«. In der ersten Rubrik finden sich beim Unterpunkt »Kanzleramt«, beginnend mit »Staatssekretär Dr. Globke« und endend mit »unbedeutenderen Amtsangehörigen«, 17 Namen. Einige davon sind uns schon

44 Bodo V. Hechelhammer: Spion ohne Grenzen: Heinz Felfe – Agent in sieben Geheimdiensten, München 2019, S. 252.

45 Dieckmann (512) an Gehlen (30), Org.-Änderungen in der Zentrale, 30.4.1954, in: BND-Archiv, 104290, o. Bl.

46 Zu den Presse-Sonderverbindungen siehe unten, S. 449 ff.

47 Wilcke (119/A), Aktennotiz über Besprechung mit 88 [seit Anfang 1954 die Ziffer für Gehlen] am 18.5.54, Sonderverbindungen, 19.5.1954, in: BND-Archiv, 104290, o. Bl.

begegnet: Ministerialdirektor Karl Gumbel, Regierungsdirektor Günter Bachmann, Oberregierungsrat Josef Selbach; vom Amt Blank sodann Heusinger, Kielmansegg, Kirsch oder Oster. Alte Bekannte aus dem Innenministerium bzw. dem Bundesamt für Verfassungsschutz waren in dieser Auflistung auch dabei: Egidi, Radke, Gerken; aus dem Auswärtigen Amt Otto Bräutigam; aus dem Wohnungsbauministerium natürlich Bundesminister und Top-Informant Victor-Emanuel Preusker. Bei den Parteien und Länderregierungen fielen die Namen Erich Ollenhauer, Annemarie Renger, Thomas Dehler, Erich Mende, Ministerpräsident Zinn oder Staatssekretär Hermann J. Bach. Es ist offensichtlich, dass der umtriebige Leiter der Bonner Verbindungsstelle, Werner Repenning, hier, wo eigentlich nur nach den Sonderverbindungen gefragt war, ein wenig über das Ziel hinausschoss und zu prunken versuchte.⁴⁸

Die politische Inlandsspionage erfuhr während der organisatorischen Veränderungen keinerlei Störung. Gleich zu Beginn des Jahres etwa kamen aus dem Innenministerium wieder einmal Neuigkeiten, die Ministerialdirektor Egidi seinem Schwager im Gehlen-Dienst, Hasso Viebig (der uns ebenfalls bereits geläufig ist), gesteckt hatte.⁴⁹ Bei manch einem in Bonn bestehe der Eindruck, »dass Dr. Schneider bezüglich seiner letzten Absichten undurchsichtig sei«, verriet er. Außerdem kam der Hinweis, dass das Ministerium »sehr viele Nachrichten wesentlich schneller auf einem inoffiziellen direkten Wege über gewisse Herren unserer Zentrale erhalte, als auf dem langsamen offiziellen«. Herr von Lossow, Gehlens Famulus in Politicis, werde »nach wie vor als Verbindungsmann nicht recht ernst genommen«; Repenning habe ebenfalls keine besonders guten Karten. Überhaupt liege manches im Argen: »Zwischen Dr. Schneider und dem Innenminister besteht praktisch kein Kontakt. Der Innenminister habe den Eindruck, Dr. Schneider erstrebe eine Machtstellung. Ein solches Streben Dr. Schneiders werde aber genauso auf allgemeine Ablehnung stoßen wie seinerzeit der Ruf des Bundeskanzlers nach einem Sicherheitsministerium. Dr. Globke sei nicht nur bei den meisten Parteien denkbar unbeliebt; er sei jetzt auch beim Bundeskanzler in Ungnade gefallen. Seine Karte allein auf Globke zu setzen, sei gefährlich.«⁵⁰ Politklatsch mischte sich mit Wissenswertem.

Hinweise zur Innenpolitik, selbst wenn sie Pullach nicht im Entferntesten berührten, wurden, wenn nötig, von der Organisation Gehlen unter »Eigensicherung« abgebucht, ein Euphemismus für ihre geheimen Dienste, die sie dem Kanzleramt mit ihrem steten Strom innenpolitischer Hinweise leistete.

48 Repenning (552) an Gehlen (88), Absicherung, 25.6.1954, in: BND-Archiv, 104363, o. Bl.

49 Henke, Geheime Dienste, I, S. 174 ff.

50 Alfred Kretschmer (»Körnig«) an Gehlen, 2.2.1954, in: BND-Archiv, 4318, o. Bl.

Dass sich die Regierungszentrale dabei keineswegs nur rezeptiv verhielt, versteht sich, ganz zu schweigen davon, dass sie dem Gehlen-Dienst bei diesen Machenschaften in den Arm gefallen wäre. Das illustriert ein Auftrag wie der, den der frischgebackene Staatssekretär und sein enger Mitarbeiter Karl Gumbel dem »Doktor« bereits ein halbes Jahr nach der Bildung der neuen Bundesregierung erteilten. In eingespielter Routine gaben sie dem künftigen Chef des Auslandsnachrichtendienstes den Auftrag: »Haltung des Leiters der Hauptabteilung ›Jugend‹ im Deutschen Gewerkschaftsbund, Willi Ginhold, zur Wehrfrage. Weitere Hinweise sind erwünscht. Vorsichtige Behandlung, nur an Gumbel oder Globke.«⁵¹

Solche innen- und parteipolitischen Dienstleistungen eines angeblich nur gegen das feindliche Ausland tätigen Apparats kontrastierten nach wie vor stark mit den schwachen Leistungen auf seinem ureigenen Gebiet. Das bekam der Chef des Bundeskanzleramts in einer Besprechung mit Otto Bräutigam recht ungeschminkt zu hören, der aus seiner Stellung als Verantwortlicher der politischen Auswertung unter Adolf Heusinger in Pullach in die Leitung der Ostabteilung ins Auswärtige Amt gewechselt war. Er habe jüngst festgestellt, hielt der Diplomat fest, dass »einige Meldungen falsch seien, die meisten auch in der Presse gestanden hätten und andere Meldungen wieder recht ungenau und vage gewesen seien.« Bräutigam führte das darauf zurück, wie es in seiner Notiz heißt, »dass – wie mir bekannt sei – die Organisation ihr Material in erster Linie der Presse entnehme, während Nachrichten von zuverlässigen und mit Weitblick ausgestatteten Personen sehr selten seien.« Er habe »Herrn Gehlen daher schon früher gelegentlich geraten, Vertrauensleute an solche Stellen ins Ausland zu setzen, wo Informationen aus Ländern hinter dem Eisernen Vorhang in erster Linie anfielen.«⁵² Mochte dieses Unvermögen noch hingehen, da sich der Gehlen-Dienst eben erst auf neue Felder vorzutasten begann, so traten in deren angeblicher Paradedisziplin, der Beobachtung der sowjetischen Truppen in der DDR, beunruhigende Schwächen in Erscheinung. Zwischen 1952 und 1954 nahm der jährliche Eingang nämlich von 4329 auf 2687 Meldungen ab – nach internem Pullacher Urteil ein bedenklicher »Abstieg«.⁵³ Die Aussicht auf eine baldige Übernahme in den Bundesdienst vermochte das freilich nicht zu trüben. Der Kanzler und sein Staatssekretär waren entschlossen, die Organisation Gehlen zum BND zu machen.

51 Gehlen, Aktennotiz, Besprechung mit Gumbel und Globke, 22./23.4.1954, in: BND-Archiv, 1110, o. Bl.

52 Otto Bräutigam, Aufzeichnung, 230-08 III 757/53g, 22.12.1953, in: PA AA, B 130/4888, o. Bl.

53 Krusche (124/H 4) an Kühlein (121), Entwicklung der Heeresaufklärung SBZD, 16.9.1954, in: BND-Archiv, 120017/1, Bl. 434 ff., hier Bl. 434. Siehe auch Krusche (124/H 4) an Kühlein (121) mit Weiterleitung an Gehlen (88), 13.8.1954, in: BND-Archiv, 120017/1, Bl. 1125.

II. Unendliche Konfliktgeschichte: BND gegen Verfassungsschutz

1. Rivalität von Anfang an

Nach dem von Hans Globke und Reinhard Gehlen gemeinsam gestarteten Versuch, die Zuständigkeiten für die äußere und innere Sicherheit in einem »Bundesministerium für das Sicherheitswesen« zusammenzuführen – er wurde vom Bundeskanzler gestoppt¹ –, entspann sich mit dem Amtsantritt von Otto John als Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), wie dargelegt, eine verbissene persönliche Auseinandersetzung zwischen Gehlen und ihm.² Darüber hinaus begann sich eine Konfliktgeschichte zwischen BND und BfV zu entfalten, bei der es im Kern darum ging, wie die Zuständigkeiten bei der Spionageabwehr und der Gegenspionage verteilt sein sollten. Ohne dass es zu einer befriedigenden Lösung gekommen wäre, wogte dieser Streit bis zum Ausscheiden Gehlens im Frühjahr 1968 hin und her. Wir haben es hier jedoch nicht nur mit einem gewöhnlichen Kompetenzstreit zu tun, wie er zwischen Behörden auf benachbarten Feldern eher die Regel als die Ausnahme ist. Vielmehr war es dem BND die gesamte Gehlen-Zeit über darum zu tun, sich möglichst lange auf dem Feld der Spionageabwehr zu behaupten, weil sie ihm als Deckmantel seiner politischen Inlandsspionage diente. Schließlich verlieh seine innenpolitische Zuarbeit für das Kanzleramt dem Dienst ein institutionelles Gewicht, das ihn weit über eine gewöhnliche Bundesoberbehörde hinaushob.

Es ging in diesem Streit außerdem immer auch um den Primat in Sicherheitsfragen. Bis zur »Legalisierung« der Organisation Gehlen als Bundesnachrichtendienst im Frühjahr 1956 war dieses Tauziehen insofern besonders delikat, als sich der Apparat einer fremden Macht in Pullach mit Rückendeckung des Kanzleramts in unmittelbare Konkurrenz zu der 1950 geschaffenen neuen Bundesoberbehörde in Köln begab. Diese Auseinandersetzung wurde sofort akut, da das Verfassungsschutzamt seine Fähigkeiten bei der Spionageabwehr »schneller als erwartet«³ zum Tragen bringen konnte. Das Tauziehen schien jedoch entschieden, als Otto John Mitte Juli 1954 plötzlich in Ost-Berlin auftauchte und das BfV in eine Existenzkrise stürzte. Sogleich versuchte die Orga-

1 Siehe Wolf, Entstehung, S. 206 ff.

2 Henke, Geheime Dienste, I, S. 433 ff.

3 Wolf, Entstehung, S. 200.

nisation Gehlen die Katastrophe der Kölner Rivalen für sich zu nutzen, um endlich und endgültig die Oberhoheit zu gewinnen. Das markierte den Beginn der zweiten Etappe dieser unendlichen Konfliktgeschichte.

Das anfängliche Bestreben, den Verfassungsschutz aus dem Gehlen-Dienst heraus zu entwickeln, war mit dem vergeblichen Versuch des Bundeskanzlers gescheitert, der Alliierten Hohen Kommission Reinhard Gehlen als Präsidenten des neuen Amtes schmackhaft zu machen.⁴ Das bedeutete allerdings keineswegs das Ende der Bestrebungen von Globke und Gehlen, Inlands- und Auslandsnachrichtendienst nach Möglichkeit zu fusionieren, mindestens aber die Zuständigkeit der Organisation Gehlen bzw. des BND auch für die Spionageabwehr zu sichern, der Bekämpfung gegnerischer Geheimdienste im eigenen Land (III-C), die an sich Sache des Verfassungsschutzes war. Die Gegenspionage, das Eindringen in fremde Dienste (III-F), galt ohnehin als ureigene Domäne des Auslandsnachrichtendienstes. Während des Aufbaus des BfV hatte das Kanzleramt die Org explizit darum gebeten, sie möge vorübergehend bei der Aufklärungsarbeit gegen den Kommunismus aushelfen. Die erbetene Unterstützung für eine Übergangszeit legitimierte allerdings (wie gelegentlich behauptet) in keiner Weise den umfassenden Dominanzanspruch des Gehlen-Dienstes bei der Spionageabwehr/Gegenspionage, dem »III-Gebiet«. Das Bestreben Gehlens, auch bei der Spionageabwehr eine führende Rolle einzunehmen, mochte bis zu einem gewissen Grad aus deren typischer Verschränkung mit der Gegenspionage begründbar erscheinen. Mehr noch stand dahinter jedoch sein Wille, die massive Inlandsspionage fortzuführen und auszubauen, die seit 1946 ja unter der Flagge der »Spionageabwehr« betrieben wurde.

Ende 1950, der zunächst kommissarisch bestellte neue BfV-Präsident war erst wenige Tage im Amt, erteilte Gehlen die Weisung: »Alles über John sammeln«. ⁵ Umgehend liefen die ersten Meldungen ein, und Kurt Kohler, Leiter der Spionageabwehr, beschrieb Gehlen sorgenvoll »unsere Situation im Hinblick auf das Erstarken des Bundesamtes für Verfassungsschutz«. ⁶ Die eigene Spionageabwehr/Gegenspionage sei noch nicht gut entwickelt, hielt er fest, wohingegen das Amt bereits mit einer Tätigkeit hervortrete, »die geeignet ist, die Arbeit der eigenen Organisation in vielen Punkten zu überschneiden und zu überflügeln«. In Einzelfällen gehe das BfV sogar schon von der Spionageabwehr zur Gegenspionage über. Die Kölner drohten zum »gefährlichsten

4 Henke, Geheime Dienste, I, S. 162 ff.

5 Bentzinger (Leiter GV L) an Kohler (40), John, Leiter des Bundesamtes für Verfassungsschutz, 14. 12. 1950, in: BND-Archiv, 102293, Bl. 84; hds. Anweisung für Mellenthin.

6 Kohler (40) an Gehlen (30), Memorandum, Unsere Situation im Hinblick auf das Erstarken des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV), 30. 3. 1951, in: BND-Archiv, 122733, Bl. 2185 ff.

Konkurrenten« zu werden, »dem die eigene Organisation je gegenübergestanden« habe, vor allem bei der »gesamten innenpolitischen Berichterstattung«, die in der Tat der politische Trumpf Pullachs war. Bei der Spionageabwehr könne der Verfassungsschutz als offizielle Bundeseinrichtung »viel schneller, besser und rationeller« arbeiten als man selbst, hieß es zutreffend weiter; an vielen Informationen der Org zeige Köln schon gar kein Interesse mehr, da er besser im Bilde sei. Kohler stellte daher die naheliegende Frage, ob man auf den innenpolitischen Gebieten überhaupt noch tätig bleiben solle, »auf denen das BfV kraft seiner Autorität, seiner Möglichkeiten und seiner Rentabilität zu wesentlich besseren Ergebnissen kommen muss«, oder ob es nicht die klügere Option sei, stattdessen bei der Gegenspionage eine »Monopolstellung« zu erlangen. Dieser Vorschlag zur Selbstbescheidung stieß bei »Dr. Schneider« auf taube Ohren, hätte er den Dienst damit doch selbst eines tragenden Pfeilers beraubt.

Im Sommer 1951 hatten Globke und Gehlen ihre Versuche noch nicht aufgegeben, die endgültige Bestätigung von Otto John als Verfassungsschutzpräsident durch das Kabinett zu hintertreiben.⁷ Das schlug jedoch ebenso fehl wie der Versuch, die Stellung des »Doktors« durch einen organisatorischen Schachzug zu stärken. Das Memorandum über die wünschenswerte nachrichtendienstliche Spitzengliederung, das Globke bei Gehlen bestellt hatte, plädierte nämlich dafür, den Leiter der Org zum nachrichtendienstlichen Berater des Kanzlers zu machen. Damit würde er in Pullach zwar formell ausscheiden, den Zugriff auf seinen Apparat aber faktisch behalten – ein neuerlicher Anlauf, die »institutionelle Bündelung der Kompetenzen des Bundes auf dem Gebiet der äußeren und inneren Sicherheit« zu erreichen.⁸

Daraus konnte allerdings schon deswegen nichts werden, weil eine Verschmelzung von Inlands- und Auslandsnachrichtendienst für die drei Besatzungsmächte nicht in Frage kam. Nolens volens trafen sich Reinhard Gehlen und Otto John daher Mitte September 1951 und legten einige grobe Richtlinien ihrer Zusammenarbeit fest.⁹ Danach sollten sämtliche Informationen über die Wirtschaftslage und die Nachrichtendienste des Ostblocks sowie über die KPD ausgetauscht werden. Der Verfassungsschutz versprach, eigene Ausarbeitungen »über westliche politische Gruppen, Organisationen usw.« zur Kenntnis zu geben. Außerdem waren Begegnungen vorgesehen, bei denen sich die Mitarbeiter beschnuppern und gegenseitige Vorurteile abbauen sollten. Einiger

7 Henke, Geheime Dienste, I, S. 445 f., sowie Langkau (30c), Besprechung bei Globke (J-1873) am 5. 7. 1951, 6. 7. 1951, in: BND-Archiv, 1131, Bd. 2, Bl. 14 f.

8 Wolf, Entstehung, S. 281.

9 O. V., Vortragsnotiz über Besprechung Leiter 30 – Leiter BfV am 13. September 1951 in Köln, o. D., in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15102 (107), Beiheft 1, Bl. 35 ff.

praktischer Wert kam für Pullach der Absprache zu, dass sich die eigenen Mitarbeiter bei einer etwaigen Verhaftung gegenüber der Polizei als Mitarbeiter des Verfassungsschutzes ausgeben durften, um die Dinge anschließend in Ruhe bereinigen zu können. Das waren nützliche Absprachen, doch regelten sie weder das Verhältnis von Gehlen-Dienst und Verfassungsschutz zueinander noch den eigentlichen akuten Streitpunkt, wer welche Befugnisse auf dem »III-Gebiet« beanspruchen konnte.

Sechs Wochen nach diesem Agreement starteten Gehlen und Globke einen neuerlichen, einstweilen letzten Versuch, sich den Zugriff auf die reguläre Inlandsaufklärung offenzuhalten. Der vom starken Mann im Kanzleramt angeforderte »Vorschlag für Gliederung und Aufbau eines deutschen Nachrichtendienstes«¹⁰ von Anfang November argumentierte geschickter als das obsoletere Plädoyer eines nachrichtendienstlichen Beraters des Bundeskanzlers. Auf den ersten Blick sprach sich das Memorandum auch für eine Trennung von Inlands- und Auslandsnachrichtendienst aus, suchte aber dennoch nach einer Möglichkeit, die umkämpfte, in die Kompetenz des BfV fallende Spionageabwehr im künftigen Bundesnachrichtendienst anzusiedeln. Semantisch geschah das mit dem Begriff der »Gegenaufklärung«. In dem Abschnitt über die Aufgaben der Abteilung Gegenspionage schrieb Gehlen nämlich, diese sei »das Führungsorgan des BND für die gesamte Gegenaufklärung und die Gegenspionage«. Mit dem neuen Begriff »Gegenaufklärung« umschiffte er es, ausdrücklich von Spionageabwehr zu sprechen. Angesichts der unnachgiebigen amerikanischen Haltung musste er sich zunächst mit dieser Sophistik begnügen. Bei seinem Besuch in den Vereinigten Staaten hatten ihm CIA-Chef Bedell Smith und sein Stellvertreter Allen Dulles kurz zuvor deutlich gemacht, dass sie für einen integrierten Inlands- und Auslandsnachrichtendienst nicht zu haben waren.

Die praktische Zusammenarbeit zwischen der Organisation Gehlen und dem BfV blieb begrenzt und von wachsender Rivalität geprägt. Eine Aufstellung der Abteilung Spionageabwehr von Februar 1952 etwa beklagte, dass viel mehr III-Angelegenheiten nach Köln gingen als von dort nach Pullach, von denen die meisten inhaltlich obendrein »ohne besondere Bedeutung« seien.¹¹ Nützliche Hinweise für Ansatzpunkte der eigenen Gegenspionage: Fehlzeige. Stattdessen kämen immer wieder Fragen zu Dienststellen des MfS, der

10 Unfirmiert [Gehlen], Vorschlag für Gliederung und Aufbau eines deutschen Nachrichtendienstes, 1. 11. 1951, in: BK-Amt, VS-Registratur, Az. 15100 (64), Bd. 1, Bl. 20 ff.; ebenfalls in: BND-Archiv, 1110, Bd. 1, Bl. 238 ff. Im Einzelnen und zum Folgenden siehe Wolf, Entstehung, S. 288 ff.

11 Kohler (40) an Gehlen (30), Zusammenarbeit mit dem BfV, 15. 2. 1952, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 67 ff.

doch als Sache der Gegenspionage zu gelten habe, also nichts, was »dem BfV zukäme«; gehe das so weiter, werde das Kölner Amt bald über das gesamte Wissen zum Staatssicherheitsdienst der DDR verfügen, das man sich mühsam habe erarbeiten müssen. Es stelle sich die Frage, »was BfV überhaupt macht«, klagte Kohler, »wenn alle diese Erkenntnisse durch uns beigebracht werden müssen, wir aber umgekehrt nichts erhalten.« Dasselbe gelte für die anderen östlichen Geheimdienste. Werde das eigene Material dazu übermittelt, würde der Verfassungsschutz in Kürze »über die gleichen Unterlagen verfügen wie wir nach sechsjähriger Arbeit. Außerdem sind diese Nachrichtendienste als im Ausland befindliche Organisationen reine III-F Ziele.« Das war eine etwas unsachliche Sichtweise, denn die gründliche Kenntnis der Ostblock-Dienste war bei der Spionageabwehr des Verfassungsschutzes natürlich unabdingbar. Sechs Wochen später fiel der Befund nicht viel besser aus. »Wirklich wertvolles Basismaterial« für die Spionageabwehr/Gegenspionage habe man in keinem einzigen Fall erhalten, hieß es.¹² Die persönlichen Beziehungen zum stellvertretenden Leiter des BfV, dem ehemaligen Kollegen Albert Radke (»Riedinger«), seien zwar gut, trotzdem bearbeite Köln »entgegen den Vereinbarungen eindeutig selbst III-F Fälle, ohne die Org davon auch nur zu benachrichtigen oder ihr Ergebnisse mitzuteilen«. Otto John habe die Landesämter sogar aufgefordert, aktive Gegenspionage zu betreiben.

Die Dinge spitzten sich zu, und auch der CIA blieb das nicht verborgen. Deutschland-Chef Gordon M. Stewart berichtete nach Washington, auch wenn sich Gehlen und John über die Kompetenzabgrenzung im Hinblick auf die Gegenspionage (Pullach) und die Spionageabwehr (Köln und die Landesämter) angeblich einig seien, heiße es bei der Org hinter vorgehaltener Hand, dass die Lage lamentabel sei: »Cooperation is almost non-existent.«¹³ Der Dienst und das Amt seien mehr Konkurrenten als Partner. Hans Globke vom Bundeskanzleramt vertrete übrigens die Ansicht, dass man wegen der besonderen Situation im geteilten Deutschland von der klassischen Trennung zwischen Spionageabwehr und Gegenspionage durchaus abweichen könne. Die Amerikaner machten sich also darauf gefasst, dass eine Klärung hier nicht so bald erfolgen würde. Zur selben Zeit, im April 1952, bekräftigte Kohler neuerlich, dass »die Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz nicht funktioniert.«¹⁴

12 Kohler (40) an Gehlen (30), Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz, 1. 4. 1952, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 76 ff.

13 Stewart an Helms, Definitions in the CI field, 14. 4. 1952, in: Forging an Intelligence Partnership: CIA and the Origins of the BND, 1949–1956, hrsg. von Kevin C. Ruffner, Bd. 2, Washington 2006, S. 649 ff., hier S. 651.

14 Kohler (40) an Herre (30a), Budgetvorschlag 1952/52, 16. 4. 1952, in: BND-Archiv, 122733, Bl. 2229 ff., hier Bl. 2230.

Sobald es gegen einen gemeinsam bekämpften Konkurrenten wie den »Bundnachrichtendienst« von Friedrich Wilhelm Heinz ging, klappte die Kooperation allerdings bestens.¹⁵

So schlecht die gegenseitige Abstimmung auf dem »III-Gebiet« war, so gut funktionierte die Ausforschung des Bundesamts für Verfassungsschutz durch den Gehlen-Dienst. Nicht weniger als fünf verschiedene Informanten lieferten hier zu.¹⁶ Zunächst ging es um den sehr rührigen Abwehr-Veteranen Richard Gerken,¹⁷ der in Köln eben die Abteilung Beschaffung übernommen hatte. Er habe den Ruf, »fachlich und auch menschlich besser qualifiziert zu sein als die übrigen Abteilungsleiter und Referenten«, hieß es zu ihm. Der Leiter des Referats Fremde Nachrichtendienste etwa sei »unqualifiziert, hohl und überheblich«, ein »Blender«, ein »Musterbeispiel für Unfähigkeit in der Menschenführung« usw. Kohlers Abteilung 40 hielt diese harsche Qualifizierung zwar für »einseitig und von persönlichen Aversionen beeinflusst«, doch sei der Genannte »zweifellos zu jung, um mit Untergebenen und anderen und mit anderen Dienststellen menschlich zweckmäßig zu verhandeln«. Seine Einstellung Pullach gegenüber müsse »vorläufig noch mit einigem Vorbehalt gesehen werden«.

Ein weiteres Objekt der Beobachtung war »Dr. Noellau« – gemeint war der Leiter der Auswertung, Günther Nollau, ein Mann der ersten Stunde, der Jahre später zum Verfassungsschutzpräsidenten aufstieg. Zu ihm berichteten die Zuträger, er werde zwar als fleißig bezeichnet, verfüge aber über wenig nachrichtendienstliche Erfahrung, sei »kleinlich und lasse andere Ansichten nicht gelten«. Es folgte eine Skizze, die zunächst mitteilte, der Mann spreche mit dem Leiter einer anderen Behörde nicht, weil dieser »kein Akademiker sei«. Nollau, »der heute der SPD angehört«, sei bis Kriegsende Anwalt in Dresden gewesen und 1950 nach West-Berlin geflüchtet. »Angeblich ist er seit dieser Zeit wegen Mordes an einem ostzonalen Volkspolizisten im ostzonalen Fahndungsbuch ausgeschrieben. (Dem äußeren Eindruck nach – klein, schwächlich – ist Dr. Noellau eine solche Tat kaum zuzutrauen). Angeblich hat sich Dr. Noellau nach seiner Flucht nach West-Berlin um Einstellung beim Sender RIAS bemüht, was jedoch fehlschlug, weil er bei einer geselligen Zusammenkunft mit US-Offizieren im betrunkenen Zustand »geschwätzt« habe«. Zum Zeitpunkt dieses Berichts war die falsche Mord-Anschuldigung schon beinahe ein Jahr lang widerlegt.

15 Siehe Henke, Geheime Dienste, I, S. 336 f.

16 Metz (40/A) an Mellenthin (30,0), weitergeleitet an Gehlen, Bundesamt für Verfassungsschutz, 21. 7. 1952, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 100 ff.

17 Im Einzelnen siehe Constantin Goshler, Michael Wala: »Keine neue Gestapo«. Das Bundesamt für Verfassungsschutz und die NS-Vergangenheit, Reinbek bei Hamburg 2015, S. 61 ff.

Reibereien kamen hinzu. So beschwerte sich Gerken, Werbungsversuche des Gehlen-Dienstes hätten »unliebsames Aufsehen« erregt. »Dabei sei teilweise mit recht unerfreulichen Methoden gearbeitet worden, wie hohen Geldversprechungen und Hinweisen, dass bei einer Neuwahl die Regierung und damit das BfV verschwinden würden, es daher zweckmäßig sei, sich eine Stelle bei der Org zu sichern.« Er fügte noch an, »er sei über die Werbungen besonders deshalb erstaunt, weil sie eigentlich außerhalb des künftigen Rahmens der Org lägen«. In diesem Zusammenhang sei auch ein Mitarbeiter namens Heinz Felfe aufgefallen, der Anwerbungsversuche für Quellen in Behörden mache und sich dabei als Mitarbeiter einer Dienststelle ausbebe, bei der »sehr viele ehemalige Angehörige der Kripo und der Stapo tätig seien«. Vizepräsident Radke deutete an, er ziehe Felfes »politische Zuverlässigkeit« in Zweifel, und meinte, dieser Kollege könne »eine Belastung für die Org bedeuten«. ¹⁸

Ende 1952 war klar, dass es auch anderswo hakte: Zu den Kölner Personenanfragen war Pullach nämlich zu etwa 98 Prozent nicht auskunftsfähig, ¹⁹ mit anderen Worten, es wurde ein enormer Arbeitsaufwand mit minimalem Ertrag betrieben. Das änderte sich auch in den folgenden Jahren nicht wesentlich. Der Meldungsaustausch bot aus der Sicht des Dienstes dasselbe trübe Bild. Bei den 250 ausgetauschten Informationen, die in einer Stichprobe untersucht worden waren, handelte es sich bei Meldungen des Verfassungsschutzes zur Spionageabwehr/Gegenspionage »fast ausschließlich um Vernehmungsmeldungen« zum Staatssicherheitsdienst der DDR, also nichts, womit die »III-Arbeit« zu beflügeln war. ²⁰ Das lag auch daran, dass die Spionageabwehr des BfV noch nicht recht auf die Beine gekommen war. Den »mit einer überhaupt nicht abschätzbaren Unzahl von Agenten aller Art« in die Bundesrepublik eindringenden Spionageorganisationen des Ostblocks hatten die Kölner – Otto John selbst schrieb das – ganze zwei Referenten und eine Schreibkraft entgegenzustellen. ²¹

Anfang 1953 provozierte das BfV den Gehlen-Dienst mit der Auffassung, dass es »III-Fälle des Ostens, die gegen das Amt Blank gerichtet sind, so lange noch selbst führen muss, bis die Org anerkannt ist« – dicke Fragezeichen der Führungsspitze auf der entsprechenden Aktennotiz und erhebliche Aufre-

18 Merz (40/A) an Langkau (30c), weitergeleitet an Gehlen, Besprechung beim BfV am 15. September 1952, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 100 ff.

19 O. D., o. V., Statistische Aufstellung der Abteilung 40, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 144.

20 Kohler (40) an Mellenthin (30,0), weitergeleitet an Langkau und Gehlen, Meldungsaustausch mit BfV, 6. 11. 1952, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 146.

21 »Zweiter Tätigkeitsbericht zum Aufbau des Bundesamtes für Verfassungsschutz (nach dem Stand vom 10. November 1952)«, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 160 ff., hier Bl. 161.

gung.²² Bei diesem Affront, der an sich nur die staatsrechtlichen Realitäten beschrieb, stellte sich die CIA sofort auf die Seite Pullachs. Critchfield sagte in einer Besprechung mit Gehlen und Langkau: »Verstärkte III-F Arbeit der Org notwendig um die Konkurrenz des [BfV] schlagen zu können«. Im Einvernehmen mit den beiden legte er fest, dass die bei den Amerikanern bearbeiteten Gegenspionage-Fälle, »soweit sie Deutschen übergeben werden sollen, *nur der Org* überwiesen werden«. Das war eine bemerkenswerte Entscheidung, die auch von dem Misstrauen der CIA gegenüber dem als »britisch« geltenden Verfassungsschutz herrührte.²³ Das Verhältnis zwischen Gehlen und John, gegen den der »Doktor« unermüdlich hetzte, war zu dieser Zeit längst irreparabel zerrüttet.²⁴

Während die Routinekontakte weiterliefen, verschärfte sich der Streit über die Zuständigkeit auf dem III-Gebiet. So hatte eine Quelle erfahren, auf einer Dienstbesprechung des BfV, an der sämtliche Leiter der Verfassungsschutzämter teilgenommen hätten, habe es kürzlich geheißen, »im Verlaufe der nächsten Monate sollen allen Landesämtern je zwei III-F-[Gegenspionage] Sachbearbeiter zugeteilt werden, die dem BfV direkt unterstellt sind«. Gehlens Abteilung Spionageabwehr bemerkte dazu, falls diese Information zutreffe, werde sich die Konkurrenz zwischen dem Verfassungsschutz und dem Dienst »weiter steigern«. Es war, nebenbei bemerkt, derselbe Tag, an dem Günther Nollau Ministerialdirektor Globke mit außerordentlich kompromittierenden Unterlagen über Friedrich Wilhelm Heinz versah.²⁶

In dieser angespannten Situation, in der beide Seiten versuchten, Geländegewinne zu erzielen, kam es erneut zu einer persönlichen Aussprache zwischen Reinhard Gehlen und Otto John, an der auch Leiter von Verfassungsschutzämtern der britischen Zone teilnahmen. Das Treffen, das in der Privatwohnung des BfV-Präsidenten stattfand, stand unter keinem guten Stern. Aus einer von Gehlen persönlich verfassten Notiz²⁷ geht hervor, dass Globke im Vorfeld versucht hatte, mit Einschaltung des eng mit Pullach verbundenen Abteilungslei-

22 Merz (40/A), Vortragsnotiz, Besprechung bei BfV am 12. 1. 1953, weitergeleitet an Mellenthin, Langkau und Gehlen, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 191 ff., hier Bl. 196.

23 Langkau (30c), Besprechung Gehlen, Critchfield, Langkau am 10. 2. 1953, in: BND-Archiv, 4317, o. Bl. Hervorhebung von mir.

24 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 437 ff.

25 Merz (40/A) an Mellenthin (30,0), Zuteilung von III-F-Mitarbeitern an die Landesverfassungsschutzämter, 24. 2. 1953, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 182.

26 Nollau an Globke, Lieferung des Herrn Friedrich Wilhelm Heinz an einen fremden Dienst, 24. 2. 1953, in: BND-Archiv, 123063/5, Bl. 42 ff. Im Einzelnen dazu Henke, Geheime Dienste, I, S. 399 f.

27 Gehlen, Aktennotiz über eine Besprechung »mit Leitern der LfV« am 26. 2. 1953, in: BND-Archiv, 1219, Bd. 1, Bl. 224 ff. Hervorhebung im Original.

ters im Innenministerium, Ministerialdirektor Hans Egidi,²⁸ »quasi als Vorsitzenden des Zusammentreffens der Besprechung den richtigen äußeren Akzent zu geben«. Das hatte John mit dem Hinweis abgelehnt, dass es sich »um eine reine Tee-Einladung mit dem Zweck, ganz inoffiziell eine persönliche Fühlungnahme zwischen Leitern der Landesämter und mir herzustellen, handele«. Ein weiterer Umstand war auch nicht geeignet, die Gesprächsatmosphäre zu entkrampfen: »Besprechung wurde anscheinend durch ein Mikrofon im Flügel auf Band aufgenommen, dessen Deckel einige Zentimeter offenstand«, notierte Gehlen.

Zum Verlauf der Besprechung hielt er Folgendes fest: »Trotz der zur Schau getragenen besonderen Liebenswürdigkeit beider Seiten zunächst Zurückhaltung, Dr. John eröffnete die Besprechung mit dem Hinweis, dass er die Leiter der Landesämter und mich habe zusammenbringen wollen, um einen Weg zu finden, Reibungen in Zukunft zu vermeiden. Er schlug vor, dass die Herren der Reihe nach die Klagen, die sie hätten, vorbringen sollten. Regelmäßig bestand der Eindruck, dass eine Besprechung vorangegangen war, welche das Verfahren unter den Vertretern des Bundesamtes und der Landesämter kurz festgelegt hatte.« Gehlen blockte Johns Vorschlag ab und gab erst einmal einen halbstündigen Überblick über Geschichte und Aufgaben seines Dienstes, danach spielte er nach bestem Vermögen Theater: »Im Hinblick auf die vermutete Bandaufnahme habe ich dabei mich auf der einen Seite sehr vorsichtig und gleichzeitig positiv, wenn auch nur kurz, über unser Verhältnis zum Engländer ausgedrückt und besonders hervorgehoben die Vorbildlichkeit dieses Nachrichtendienstes in seiner Grundauffassung für uns Deutsche. Bezüglich unserer amerikanischen Partner habe ich eine ganze Reihe kritischer Bemerkungen eingestreut im Hinblick darauf, dass [es] eine der wichtigsten, von gewisser Seite immer wieder deutschen Stellen gegenüber benutzten Tendenzen ist, uns als ›Ami-Laden‹ zu bezeichnen.«

Es gab dann allerlei Klagen und Vorhaltungen von Seiten der Landesämter darüber, dass die Zusammenarbeit nicht recht funktioniere und sich wohl auch nicht so rasch verbessern werde. Gehlen schreibt, er habe dem entgegnet, dass »Vertrauen eine doppelseitige Angelegenheit sei, die sich auf *beiden* Seiten nicht von heute auf morgen erzielen ließe, dass aber der heutige Kontakt wohl einen guten Ausgangspunkt gebracht habe.« Vertrauen in den Verfassungsschutz und namentlich in seinen Präsidenten, den Widerstandskämpfer Otto John, war exakt das, was Reinhard Gehlen nie besaß noch gar aufzubauen gedachte, im Gegenteil, er versäumte keine Gelegenheit, seine Ablehnung des BfV-Präsidenten offen zu zeigen. Immerhin verließ er diese Zusammenkunft

28 Vgl. Henke, Geheime Dienste, I, S. 173 ff.